



Nr. 12 / 13. Juni 2008

Inhaltsübersicht

Wirtschaft und Verkehr

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 7. Juli 2005

Luftverkehrsgesetz (LuftVG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP);
Verkehrsflughafen München;
Umbau und Nutzungsänderung der Flugzeugwasserreinigungsanlage im Südlichen Bebauungsband

Bauwesen

Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP);
BAB A 9 / Nürnberg – München
Seitenstreifenfreigabe Abschnitt Allershausen bis AK Neufahrn (km 497,419 – km 511,990)
Prüfung der Notwendigkeit einer UVP

Schulwesen

Neunzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Sechzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Erding

Vierunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn

Fünfunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn

Achtundfünfzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen in der Landeshauptstadt München

Wirtschaft und Verkehr

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl I S. 1970)

75 Nach § 23a EnWG bedürfen die Entgelte für den Zugang zu Strom- und Gasnetzen grundsätzlich einer behördlichen Genehmigung.

75 Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (ZustWiG) vom 10. März 2006 (GVBl Nr. 5/2006, S. 122) und der darauf beruhenden Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (ZustWiV) vom 18. März 2006 (GVBl Nr. 6/2006, S. 127) wird die Genehmigung der Netzentgelte – mit Ausnahme des jeweils größten Strom- und Gasnetzbetreibers in Bayern – rückwirkend zum 13. Juli 2005 auf die Regierungen übertragen.

76 Die Zahlen sind unter dem Stichwort [„Wir über uns / Sachgebiet 22 Preisprüfung / Prüfung und Genehmigung der Tarifstrompreise, der Strom- und Gasnetzentgelte der Energieversorgungsunternehmen mit Ausnahme des jeweils größten Strom- und Gasnetzbetreibers“](#) gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen auf der Internetseite der Regierung von Oberbayern veröffentlicht.

REGIERUNG VON OBERBAYERN

77 **Luftverkehrsgesetz (LuftVG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP);
Verkehrsflughafen München;
Umbau und Nutzungsänderung der Flugzeugwasserreinigungsanlage im Südlichen Bebauungsband**

77 **Bekanntgabe vom 2. Juni 2008
25-33-3721.1-MUC-11-07**

78 Die Flughafen München GmbH hat bei der Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern – mit Schreiben vom

23. Oktober 2007 den Umbau und die Nutzungsänderung der Flugzeugwaschwasserreinigungsanlage im Südlichen Bebauungsband beantragt. Die Anlage befindet sich auf dem Gelände des Verkehrsflughafens München.

Für das Vorhaben war nach §§ 3e und 3c UVPG mittels einer Vorprüfung des Einzelfalles festzustellen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Vorprüfung hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zur Folge haben wird. Für das Vorhaben ist somit keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 3a Satz 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Auskünfte zu dem Vorhaben können bei der Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern –, Maximilianstraße 39, 80538 München, oder unter der Tel.Nr. 089 2176-2375 eingeholt werden.

München, 2. Juni 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

Bauwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

**Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);
BAB A 9 / Nürnberg – München
Seitenstreifenfreigabe Abschnitt Allershausen bis
AK Neufahrn (km 497,419 – km 511,990)
Prüfung der Notwendigkeit einer UVP**

**Bekanntgabe vom 13. Juni 2008
32-4354.0-230**

Die Autobahndirektion Südbayern plant die Standstreifenfreigabe an der Bundesautobahn A 9 Nürnberg – München im Abschnitt vom Autobahnkreuz Neufahrn bis Allershausen, um auf der stark befahrenen Autobahn den Verkehrsfluss zu verbessern und um die Verkehrsspitzen zur Ferienzeit und während des Berufsverkehrs zu vermeiden. Für dieses Bauvorhaben hat die Autobahndirektion mit Schreiben vom 17. März 2008 Planunterlagen zur Prüfung bei der Regierung von Oberbayern vorgelegt.

Für das Bauvorhaben war nach § 3e Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 3c Abs. 1 Satz 1 und 3 UVPG mittels einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festzustellen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Vorprüfung hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zur Folge haben

wird. Die vorgesehenen Baumaßnahmen nehmen nur in geringem Umfang Naturgüter wie Boden, Wasser und Natur und Landschaft in Anspruch. Nationale Schutzgebiete sind nicht betroffen. Ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung befindet sich im Norden der vorgesehenen Baumaßnahme. Erhebliche Auswirkungen auf dieses FFH-Gebiet „Ampertal“ und auf dessen Erhaltungsziele, können auf Grund der Art und der Ausführung der Baumaßnahme ausgeschlossen werden. Für das Vorhaben ist somit keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 3a Satz 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben. Auskünfte zu dem Vorhaben können bei der Regierung von Oberbayern, Maximilianstraße 39, 80538 München, Sachgebiet 32, unter der Tel.Nr. 089 2176-2833 eingeholt werden.

München, 13. Juni 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

Schulwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Neunzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Vom 26. Mai 2008 44-5103-TÖL-1/08

Auf Grund von Art. 26, 29 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 919), erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen vom 7. März 1979 (RABI OB S. 57), zuletzt geändert durch die Achtzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen vom 6. Februar 2007 (OBABI S. 33), wird wie folgt geändert:

§ 1 Nr. 11 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
11.	Franz-Marc-Grundschule Kochel am See Das Gebiet der Gemeinde Kochel am See.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt zum 4. August 2008 in Kraft.

München, 26. Mai 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Sechzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Erding

Vom 2. Juni 2008 44-5103-ED-1/07-6

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 919), erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Erding vom 5. März 1979 (RABI OB S. 66), Neubeschreibung vom 20. Mai 1992 (RABI OB S. 108), zuletzt geändert durch die Fünfzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Erding vom 31. Januar 2007 (OBABI S. 34), wird wie folgt geändert:

§ 1 Nr. 4. e) erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
4. e)	Volksschule Schwindkirchen in Dorfen (Grundschule)
	Das Gebiet der Stadt Dorfen;
	ohne die unter Buchst. 4 a), 4 b) und 4 d) beschriebenen Gebiete.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 4. August 2008 in Kraft.

München, 2. Juni 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Vierunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn

Vom 26. Mai 2008 44-5103-MÜ-1/07

Auf Grund von Art. 26, 29 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 919), erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn vom 3. Juli 1979 (RABI OB S. 200), zuletzt geändert durch die Dreiunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn vom 17. September 2007 (OBABI S. 164), wird wie folgt geändert:

§ 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
2.	Benedikt-Grundschule Aschau a. Inn
	Das Gebiet der Gemeinde Aschau a. Inn;
	dazu das Gebiet der Gemeinde Jettenbach.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt zum 4. August 2008 in Kraft.

München, 26. Mai 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Fünfunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn

Vom 27. Mai 2008 44-5103-ED-1/07-6

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember

2007 (GVBI S. 919), erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn vom 3. Juli 1979 (RABI OB S. 200), zuletzt geändert durch die Vierunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn vom 26. Mai 2008 (OBABI S. 77), wird wie folgt geändert:

§ 1 Nr. 13 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
13.	Volksschule Obertaufkirchen (Grundschule)
	Das Gebiet der Gemeinde Obertaufkirchen;
	dazu das Gebiet der Gemeinde Rattenkirchen ohne die Gemeindeteile Empling und Haßberg.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt zum 4. August 2008 in Kraft.

München, 27. Mai 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Achtundfünfzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen in der Landeshauptstadt München

Vom 26. Mai 2008 44-5103-M-1/08-6

Auf Grund von Art. 26, 29 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBI S. 919), erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen in der Landeshauptstadt München vom 19. Juni 1979, Neubeschreibung vom 23. Juni 1986 (RABI OB S. 187), zuletzt geändert durch die

Siebenundfünfzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen in der Landeshauptstadt München vom 11. Juli 2007 (OBABI S. 138), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 35 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
35.	Volksschule München, an der Eversbuschstraße (Grundschule)

Ringbahnlinie Olching/Milbertshofen – Hausmannstraße – Allacher Geräumt – Obere Allee – Schrederbächlstraße – Ringbahnlinie Olching/Milbertshofen bis einschließlich Ludwigsfelder Straße Nr. 120 – kürzeste Linie nach Süden zur Unteren Angerlohe – Untere Angerlohe (nicht zugehörig) – Angerlohstraße (nicht zugehörig) – Hehnstraße (nicht zugehörig) – Tubeufstraße (nicht zugehörig) – Reinhard-von-Frank-Straße (nicht zugehörig) – Angerlohstraße (nicht zugehörig; bis zur Einmündung des Buchenweges) – kürzeste Linie zur Bahnlinie München/Dachau – Bahnlinie München/Dachau – Vesaliusstraße (nicht zugehörig) – Niggelstraße (nicht zugehörig) – Riederstraße (nicht zugehörig) – Pasinger Heuweg – Auf der Allmende – Linie von der Kreuzung Auf der Allmende/Am Lochholz zur Kreuzung Müllerstadelstraße/Kreuzkapellenstraße – Kreuzkapellenstraße (nicht zugehörig) – Goteboldstraße (nicht zugehörig) – Langwieder Bach – Stadtgrenze – Ringbahnlinie Olching/Milbertshofen.

2. § 1 Nr. 100 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
100.	Volksschule München, an der Manzostraße 79 (Grundschule)

Bahnlinie Allach/Milbertshofen – Dachauer Straße (Mitte) – Teplitzer Weg (Mitte) – kürzeste Linie nach Westen zur Ohlauer Straße – Ohlauer Straße (ab Haus Nr. 63 bzw. 66 zugehörig; nach Süden nicht zugehörig) – Glogauer Platz (nicht zugehörig) – Dillinger Straße (nicht zugehörig) – Lauinger Straße (nicht zugehörig) – Untermenzinger Straße (nicht zugehörig) – Allacher Straße (Mitte) – Von-Kahr-Straße (Mitte) – Bahnlinie München/Dachau – kürzeste Linie von der Bahnlinie München/Dachau zur Kreuzung Buchenweg/Angerlohstraße – Angerlohstraße – Reinhard-von-Frank-Straße – Tubeufstraße – Hehnstraße – Angerlohstraße – Untere Angerlohe – kürzeste Linie nach Norden zur Bahnlinie Allach/Milbertshofen (Ludwigsfelder Straße Nr. 210 dabei nicht zugehörig) – Bahnlinie Allach/Milbertshofen.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 4. August 2008 in Kraft.

München, 26. Mai 2008
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident